

Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaktion und Expedition
Universitätsstraße 32.

Sprechstunden der Redaktion:
Vormittag 10—12 Uhr.
Nachmittag 4—6 Uhr.
Für die Mittags-schlagende Ausgabe nicht
die Redaktion nicht verhandelt.

Mitnahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Ausgaben zu
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags,
zu Sonn- und Feiertagen frühestens 10 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Kühne, Bartholomäusstraße 18, v.
nur bis 10 Uhr.

Nr. 264.

Mittwoch den 21. September 1881.

75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die den und am Freitag den 23. dieses Monats,
Vormittag 11 Uhr angestaltete Versammlung des
Reichs im Johanna-Park, die zur Abschaffung und Ver-
nung als Globus und kleinl. wieder aufgehoben.

Leipzig, den 20. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Stell.

Wegen Reinigung der Häuser bleibt unteire Schulgelder-
Einnahme.

Donnerstag den 22. dts. Mitt.

für den Verleih mit dem Publicum geschlossen.

Leipzig, am 19. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi.

Auction.

Donnerstag den 22. September 1881,

10 Uhr Samstag,

sollen im gerichtlichen Auctionslocate, Eingang von der kleinen
Burggasse,

55 Stück des Domherrenquartiers,

10 " " Antikenstube und

13 " " Damengemach.

öffentlicht an den Meistbietern gegen sofortige Baarzahlung ver-
steigert werden.

Leipzig, den 17. September 1881.

Der Gerichtsgerichtliche des Königlichen Amtesgerichts.

Thierbach.

Togismvermietung.

Eingerichteter Verhältnisse halber ist in dem Universitäts-
grundstücke aus goldenem Alter, Große Fleischergasse 22, R.
3. Stock, ein Raum von 2 Stufen, 4 Räumen, Küche, Bad-
und Kellerhaus von 1. Oktober 8. J. oder nach Beifügen von
1. Januar 1. J. an mietfrei, jedoch unter Vorbehalt der Zul-
sicht unter der Mietzettel, zulässig zu vermieten.

Mietzettel werden abholbar. Preise Gebote.

Freitag, den 23. September 8. J.

Vormittag 11 Uhr

im Universitäts-Rentamt (Postkasse) abgegeben.

Die Mietzettelbestellungen liegen ebenfalls zur Einsicht vor.

Leipzig, am 14. September 1881.

Universitäts-Rentamt.

Stell.

Richtamtlicher Theil.

Leipzig, 21. September.

Unserer Red. werden darin mit uns übereinkommen, daß
ein frischer und lebhafter Geist den Wahlauftruf der
nationalliberalen Partei durchdringt, und daß, wenn
wieder Gegner von rechts und links mit böhmischer Gemü-
thaus meinten, die Partei löse es zur rechten Stunde an
der richtigen Thatkraft und Schneide seien, diese Aussassungen
wohl eines Besseren belehrt sind.

Die Nationalliberalen, an ihrer Spur der direkten
Zulieferer Karol von Bennigsen, zeigen sich nicht gewillt,
in philosophischen Thatenlosenheit der kirchlichen und politischen
Ration des Reichs zu überlassen; sie nehmen Stellung, bereit
zum Angriff wie zur Verteidigung. Der Wahlauftruf erweckt
sich auch bei politischen Gegnern die Anerkennung schlagender
Stütze und geistiger Marke. Wo er die Beugnahme auf
diese oder jene Gruppe verneint, bietet sich die „Erklärung“

des Partei den 29. Mai d. J. als ausreichende Legitimation.
Besonders gilt das von der Gruppe des Tabaks-
monopols, die in dem verdinglichen Auftrag über-
gangen ist, von der es aber in jener Erklärung deutlich
genug heißt: „Gegen das Projekt des Tabakmonopols
hat sie (die nationalliberalen Partei) aus wirtschaft-
lichen wie politischen Gründen entschieden Widerstand
erheben.“ Da jene Gründe noch fortsetzen, so kann selbst-
verständlich auch der Widerstand nicht fallen gesetzt werden,
und es wird deshalb ein ganz aussichtloses Bemühen der
gegenwärtigen Partei, namentlich der regierungsfreundlichen, sein,
um den Schwungen über diesen Punkt die einzige Gewalt-
keit der Nationalliberalen für das Monopol abzuweiten. Die
Monopolfrage ist keine Zollfrage, für welche der Auftrag aus-
drücklich die Freiheit der Mitglieder der nationalliberalen
Partei fest hält, sich der schulmärkerischen oder der freikirch-
lichen Richtung, unbedeckt der Zugehörigkeit zum Fran-
klandverbände, anzuschließen. Bezuglich des Monopols giebt
es auch gar keine außerandergehende Ansichten innerhalb der
Partei, so oft auch das Gegenteil behauptet werden. Wenn
hier Widerstand jetzt dieses jen. „Mon.“ in die Wirklichkeit
überführen sollte, so wird sich in dieser Zulieferungsweise
sicherlich auch eine einzige Stimme aus den Reihen der
politischen Freunde des Herrn v. Bennigsen befinden.

Das Organ der Partei, die Nationalliberale Cor-
respondenz, begleitet den Auftrag mit folgendem Com-
mentar: „Mit gutem Grund ist in dem Wahlauftruf der
Nationalliberalen wieder einmal der Grundtakt hervorgehoben
worden, daß Zollfragen nicht zur Grundtakt politischer
Parteidbildung gemacht werden dürfen und daß die
Vertretung auf eine einzige handelspolitische Richtung nicht
zum Erforderniß liberaler Bekanntheit gehöret. Die gegen-
wärtige Wahldrohung erbringt für jeden unbedingte
Beweis, daß gegenwärtig dieser ganz zwingenden Gewissheit, daß ohne
Anerkennung dieses Grundsatzes keine Heile des Reichs,
namentlich im Westen und Süden, dem Liberalismus
rettungslos verloren gehen und ins conservative
Feld hinzugebracht werden müßten. Mit dem
Geiste, daß schulmärkerische Ansichten mit einer libe-
ralen Bekanntheit unvereinbar seien, würde der Liberalismus
es daher bringen, im Wesentlichen auf den norddeutschen
Häfen aus und einzige zerstreuende Gebiete im Innern, die
out aller Gewissheit an ihren langjährigen Bestrebungen
festhalten, beschädigt zu werden. Mit fast mathematischer Sicher-
heit wäre zu berechnen, daß bei einem in den Zollfragen so
einfältigen Standpunkt wie ihm die Conservativen und die
Sociaconisten einkommen, der Liberalismus in alle Freiheit
zu einer unsäglichen Widerfeste verurtheilt wäre.“ Die

politisch freisinnigen, aber der Freihandelslehre
abgewandten weiteren Schichten des Volks bei der
liberalen Sache festzuhalten, ist ein offenkundiges
Dienst der nationalliberalen Partei.

Wie oben hervorgehoben, sind auch bei Gelegenheit der
Herausstellung des Wahlauftrufs auf Grund jährlicher Stim-
mungsbereiche die Wahlausführungen der nationalliber-
alen Partei bestreiten und bereitstellen. Es mußte
bei dieser Gelegenheit, wie und verschieden wie, zugehen
werden, daß eine Ediktagung des Ergebnisses der Wahler
nicht ganz besonders schwierig sei, weil die Einwirkung der
schwankenden Fragen wirtschaftspolitischer Art auf die Wähler
sich der höheren Beurteilung als sehr entzieht. Und einer
eigentlichen Reihe von Wahlkreisen wurde das Ausgleichen der
agrarpolitischen Bewegungen geschehen und als eine erste Probe
für die liberale Partei bestätigt. Gleichwohl kam eine
ausgeführte Schätzung der Wahlausführungen zu dem Schluß,
daß eine ganz wesentliche und entscheidende Verschiebung in
der Stütze der Partei und der Wahlausführung des Reichs-
tags schwierig zu erwarten sei. Es werden manche bisher
liberale Wahlkreise verloren gehen, es ist aber auch mit
Sicherheit anzunehmen, daß manche bisher conservative Wähler
sich erstmals wieder wählen werden, ausgibt
sich natürlich ebenfalls einer gewissen Berechnung. Es ist
jedoch alle Wahlausführungen vorhanden, daß auch in dieser
Sicht sehr belastende und entscheidende Verschiebungen
bereits beworben. Bei ruhiger Prüfung aller Wahlausführungen
bekommen die liberalen und speziell auch die nation-
liberalen durchaus keine Ursache, mutlos in den Wahl-
kreisen einzutreten.

Man schreibt uns aus Berlin: Es ist beachtenswert,
dass an untersetzten Stellen die Schwierigkeiten der kirchen-
politischen Wahlausführungen nicht in dem Grade wie
man vermutlich sollte, in der Revision der Anzeige-
richtlinien gefunden werden. Vielmehr kann die Au-
sicht auf die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.

Die bekannte Affäre Götz wird nicht bloß in ungarischen
Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen, wo die Außenminister ents-
schlossen ist, die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.

Die „Polit. Correspond.“ bestätigt, daß, wie der „Tag“
bereits mitteilte, zwischen dem österreichischen und dem
ungarischen Außenminister betreffs des Textes der neuen
Staatsnoten keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Text wäre auf Grund eines Übereinkommens der beiden
Regierungen schon im Januar des vergangenen Jahres
endgültig und unabänderlich festgestellt worden; verblebe Ihnen
aber und könnte auch seiner keinen Gegenstand weiterer Ver-
handlungen mehr bilden. Die Ausgabe der neuen Staats-
noten sei lediglich in folge technischer Schwierigkeiten ver-
zögert worden.

Man schreibt uns aus Berlin: Es ist beachtenswert,
dass an untersetzten Stellen die Schwierigkeiten der kirchen-
politischen Wahlausführungen nicht in dem Grade wie
man vermutlich sollte, in der Revision der Anzeige-
richtlinien gefunden werden. Vielmehr kann die Au-
sicht auf die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.

Die „Polit. Correspond.“ bestätigt, daß, wie der „Tag“
bereits mitteilte, zwischen dem österreichischen und dem
ungarischen Außenminister betreffs des Textes der neuen
Staatsnoten keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Text wäre auf Grund eines Übereinkommens der beiden
Regierungen schon im Januar des vergangenen Jahres
endgültig und unabänderlich festgestellt worden; verblebe Ihnen
aber und könnte auch seiner keinen Gegenstand weiterer Ver-
handlungen mehr bilden. Die Ausgabe der neuen Staats-
noten sei lediglich in folge technischer Schwierigkeiten ver-
zögert worden.

Man schreibt uns aus Berlin: Es ist beachtenswert,
dass an untersetzten Stellen die Schwierigkeiten der kirchen-
politischen Wahlausführungen nicht in dem Grade wie
man vermutlich sollte, in der Revision der Anzeige-
richtlinien gefunden werden. Vielmehr kann die Au-
sicht auf die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.

Die „Polit. Correspond.“ bestätigt, daß, wie der „Tag“
bereits mitteilte, zwischen dem österreichischen und dem
ungarischen Außenminister betreffs des Textes der neuen
Staatsnoten keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Text wäre auf Grund eines Übereinkommens der beiden
Regierungen schon im Januar des vergangenen Jahres
endgültig und unabänderlich festgestellt worden; verblebe Ihnen
aber und könnte auch seiner keinen Gegenstand weiterer Ver-
handlungen mehr bilden. Die Ausgabe der neuen Staats-
noten sei lediglich in folge technischer Schwierigkeiten ver-
zögert worden.

Man schreibt uns aus Berlin: Es ist beachtenswert,
dass an untersetzten Stellen die Schwierigkeiten der kirchen-
politischen Wahlausführungen nicht in dem Grade wie
man vermutlich sollte, in der Revision der Anzeige-
richtlinien gefunden werden. Vielmehr kann die Au-
sicht auf die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.

Die „Polit. Correspond.“ bestätigt, daß, wie der „Tag“
bereits mitteilte, zwischen dem österreichischen und dem
ungarischen Außenminister betreffs des Textes der neuen
Staatsnoten keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Text wäre auf Grund eines Übereinkommens der beiden
Regierungen schon im Januar des vergangenen Jahres
endgültig und unabänderlich festgestellt worden; verblebe Ihnen
aber und könnte auch seiner keinen Gegenstand weiterer Ver-
handlungen mehr bilden. Die Ausgabe der neuen Staats-
noten sei lediglich in folge technischer Schwierigkeiten ver-
zögert worden.

Man schreibt uns aus Berlin: Es ist beachtenswert,
dass an untersetzten Stellen die Schwierigkeiten der kirchen-
politischen Wahlausführungen nicht in dem Grade wie
man vermutlich sollte, in der Revision der Anzeige-
richtlinien gefunden werden. Vielmehr kann die Au-
sicht auf die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.

Die „Polit. Correspond.“ bestätigt, daß, wie der „Tag“
bereits mitteilte, zwischen dem österreichischen und dem
ungarischen Außenminister betreffs des Textes der neuen
Staatsnoten keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Text wäre auf Grund eines Übereinkommens der beiden
Regierungen schon im Januar des vergangenen Jahres
endgültig und unabänderlich festgestellt worden; verblebe Ihnen
aber und könnte auch seiner keinen Gegenstand weiterer Ver-
handlungen mehr bilden. Die Ausgabe der neuen Staats-
noten sei lediglich in folge technischer Schwierigkeiten ver-
zögert worden.

Man schreibt uns aus Berlin: Es ist beachtenswert,
dass an untersetzten Stellen die Schwierigkeiten der kirchen-
politischen Wahlausführungen nicht in dem Grade wie
man vermutlich sollte, in der Revision der Anzeige-
richtlinien gefunden werden. Vielmehr kann die Au-
sicht auf die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.

Die „Polit. Correspond.“ bestätigt, daß, wie der „Tag“
bereits mitteilte, zwischen dem österreichischen und dem
ungarischen Außenminister betreffs des Textes der neuen
Staatsnoten keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Der Text wäre auf Grund eines Übereinkommens der beiden
Regierungen schon im Januar des vergangenen Jahres
endgültig und unabänderlich festgestellt worden; verblebe Ihnen
aber und könnte auch seiner keinen Gegenstand weiterer Ver-
handlungen mehr bilden. Die Ausgabe der neuen Staats-
noten sei lediglich in folge technischer Schwierigkeiten ver-
zögert worden.

Man schreibt uns aus Berlin: Es ist beachtenswert,
dass an untersetzten Stellen die Schwierigkeiten der kirchen-
politischen Wahlausführungen nicht in dem Grade wie
man vermutlich sollte, in der Revision der Anzeige-
richtlinien gefunden werden. Vielmehr kann die Au-
sicht auf die Bildung eines ungarischen Heres und die
Bezeichnung desselben auf die ungarische Verfassung in An-
regung zu bringen, sondern sie dient auch in den Verhand-
lungen der ungarischen Delegation ihre Folgen zu haben.

Wichtig steht auch der ungarischen Blättern herover, daß die
ungarischen Delegaten genügt sind, mit größeren Nachdruck
als bisher die Vertretung aller ungarischen Regierungen nach
Ungarn zu verlangen und auf der Errichtung einer ungarischen
Offiziers-Akademie zu bestehen.